

15./II. 1919

\* Der Hauptverein der unteren Beamten Groß-Berlins hielt dieser Tage eine außerordentlich stark besuchte Versammlung ab, die sich mit den unzulänglichen Steuerzulagen beschäftigte. Die Versammlung erkannte zwar die Absicht der obersten Reichs- und Staatsbehörden, die bisherigen Kriegsteuerzulagen zu vereinheitlichen und zu erhöhen, dankbar an. Wie verkautet, soll aber nur ein Betrag von 120 M. für alle Beamten gleichmäßig und 40 M. für jedes Kind monatlich in Aussicht genommen sein. Die Versammlung erklärte auf das Entschiedenste, daß dieser Betrag bei weitem nicht ausreicht, um die trostlose Lage der unteren Beamten zu verbessern, von denen die nicht angestellten verheirateten Anwärter jetzt noch ein monatliches Einkommen von nur 108 M. Gehalt und 48 M. Steuerzulage beziehen. Der von deutschen Beamtenbund verlangte Betrag von 200 M. und 50 M. für jedes Kind ist das Allermindeste, was angesichts der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage erforderlich ist. Die Versammlung ruft die Kollegen aller Verwaltungen zum engsten Zusammenschluß in der Sozialen Arbeitsgemeinschaft auf, um zu gemeinsamem Handeln zu schreiten, wenn der Beamtenschaft dauernd das zum Leben Notwendigste verfaßt wird.